

**Protokoll zum DGV-Diskussionsforum am 02.Oktober 2009  
auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt/Main**

**Ethnologen in Krisen- und Kriegsgebieten:**

**Ethische Aspekte eines neuen Berufsfeldes**

Das Pressereferat der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV) hatte FachvertreterInnen<sup>1</sup> der Ethnologie aus Lehre und Forschung sowie ihre in der Praxis tätigen Kollegen zu einer Diskussionsrunde „**Ethnologen in Krisen- und Kriegsgebieten: Ethische Aspekte eines neuen Berufsfeldes**“ nach Frankfurt/Main eingeladen. Grundlage der Diskussion war unter anderem die „Frankfurter Erklärung“, ein ethischer Leitfaden, der insbesondere durch Hans Peter Hahn, Annette Hornbacher und Michael Schönhuth verfasst wurde und über den in der am selben Tag stattfindenden Mitgliederversammlung der DGV abgestimmt werden sollte. Finanziert wurde dieses Zusammentreffen von der VolkswagenStiftung und organisiert von Dr. Shahnaz Nadjmabadi (Pressereferat der DGV und Institut für Ethnologie, Goethe-Universität, Frankfurt/M.) und Dr. Richard Kuba (Pressereferat der DGV und Frobenius-Institut, Frankfurt/M.). Teilgenommen haben:

*1) Ethnologen aus Forschung und Lehre:*

Prof. Dr. Hermann Amborn (Institut für Ethnologie, Ludwig-Maximilians-Universität München)

Prof. Dr. Hans Peter Hahn (Vorstand der DGV und Institut für Ethnologie, Goethe-Universität Frankfurt/M.)

Dr. Volker Harms (Institut für Ethnologie, Eberhard-Karls-Universität Tübingen)

PD Dr. Annette Hornbacher (Institut für Ethnologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg)

Prof. Dr. Michael Schönhuth (Institut für Ethnologie, Universität Trier)

*2) Ethnologen aus der Praxis:*

Dr. Sabine Mannitz (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M.)

Barbara Mück (Deutscher Akademischer Austausch Dienst, Bonn; ehem. Zentrum Operative Information der Bundeswehr, Mayen)

Dr. Monika Lanik (Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr, Euskirchen)

---

<sup>1</sup> Im Folgenden wird der generische Maskulin verwendet, was dem Lesefluss dienen, jedoch keinesfalls diskriminierend wirken soll.

Svenja Schmelcher (Akademie für Konflikttransformation, Forum Ziviler Friedensdienst, Bonn)

Hannes Stegemann (Deutscher Caritasverband e.V., Caritas international, Freiburg i.Br.).

Nach der Begrüßung durch den Vertreter der VolkswagenStiftung, Thomas Brunotte, dem stellvertretenden Vorsitzenden der DGV Hans Peter Hahn und Shahnaz Nadjmabadi für das Pressereferat der DGV begann die erste Diskussionsrunde zum Thema **Neue Berufsfelder: Chancen und Risiken**.

Teilnehmer auf dem Podium waren Volker Harms, Annette Hornbacher, Sabine Mannitz, Barbara Mück und Svenja Schmelcher. Die Podiumsteilnehmer erläuterten jeweils in kurzen Statements ihre Position zur Einbindung von Ethnologen in militärischen Einsätzen bzw. im Friedensdienst.

In einem historischen Rückblick zeigte Annette Hornbacher auf, wie Ethnologen seit der Kolonialzeit mit ihrem Wissen staatlichen Interessen gedient hätten: im zweiten Weltkrieg, in der Kubakrise, in Lateinamerika, in Vietnam und zuletzt im Irak. Das ethnologische Wissen sei jeweils genutzt worden, um strategische, militärische oder politische Interessen der westlichen Mächte durchzusetzen. Dem gegenüber sollten sich Ethnologen jeglicher Bevormundung gegenüber den Beforschten verweigern. Die Trennung von theoretischem ethnologischem Wissen von dessen praktischer Anwendung sei dabei generell nicht hilfreich. Es gelte, das Feld zwischen partizipativen Möglichkeiten und festen Kommandostrukturen genau auszuloten.

Auch Volker Harms bezog sich auf die geschichtliche Entwicklung des Faches, betonte jedoch ausdrücklich, dass die heutige Beschäftigung und Einbeziehung von Ethnologen innerhalb der Bundeswehr neu zu bewerten sei. Entschieden wendet sich Volker Harms dagegen, dass Informationen, die auf der Basis gegenseitigen Vertrauens generiert wurden, gegen die Menschen verwendet werden. Dies sei jedoch der Fall bei der Zusammenarbeit von Ethnologen mit der Bundeswehr. Als einen möglichen positiven Umgang mit ethnologischem Wissen in Krisen- und Kriegsgebieten erwähnte er das Ausloten des lokalen Potenzials zur Friedensentwicklung, ebenso das Verhindern der Bevormundung lokaler Bevölkerungsgruppen und die Wichtigkeit der Sensibilisierung von Studenten für derartige Themen und Fragestellungen.

Svenja Schmelcher ging in ihrer Darstellung auf die Ziele des Friedensdienstes ein, die darin bestünden, zivile Kräfte vor Ort für den friedlichen Umgang mit Krisen zu mobilisieren. Dabei würden benachteiligte Gruppen unterstützt, wie zum Beispiel ehemalige Gewaltopfer und Kindersoldaten, auch unter der Heranziehung traditioneller Schlichtungsverfahren. Eine gewisse Sensibilität sei dabei unabdingbar, Ethnologen käme ihre Fähigkeit zum Perspektivwechsel sehr zu Gute. Allerdings reiche eine ethnologische Ausbildung alleine hier nicht aus, sie müsse ergänzt werden um fundierte Länderkenntnisse oder verschiedenste Weiterbildungen etwa in Mediationsverfahren. Bei der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr stelle sich ganz besonders die Frage, welches Wissen man aus welchem Grund dem Militär vermittelt.

Sabine Mannitz erklärte das neu erwachte Interesse an ethnologischem Wissen in der Konfliktforschung mit der Erkenntnis, dass Konflikte heutzutage vielfach als ethnische Konflikte interpretiert würden. Ethnologische Methoden seien besonders in Hinblick auf die Komplexität vieler Konflikte gefragt. Die Vertrautheit der Ethnologen mit ihren Informanten sei durchaus eine Besonderheit und auch eine Stärke. Gleichzeitig ergebe sich daraus aber auch eine schwere Gradwanderung. Das Handeln des Ethnologen sei immer in sehr komplexe Zusammenhänge eingebunden und bringe ihn in vielerlei Dilemmata. Sie sprach beispielsweise das Problem der zu wahren Anonymität von Informanten an, während innerhalb eines Wissenschaftsdiskurses die Quellen eigentlich genau anzugeben seien. Die „Frankfurter Erklärung“ sei aus ihrer Sicht angemessen offen gehalten und deshalb zu unterstützen.

Barbara Mück stellte eingangs die derzeit maximal sieben Dienstposten innerhalb der Bundeswehr vor, die überhaupt an Ethnologen vergeben werden können. Ihr eigener Aufgabenbereich während ihrer Anstellung bei der Bundeswehr habe zum einen die Beratung der militärischen Führung und zum anderen die Ausbildung und Beratung der Soldaten beinhaltet. Die sonst oft gescholtene Verallgemeinerung und Vereinheitlichung komplexer Sachverhalte sei auch bei ihrer Tätigkeit notwendig gewesen, um das Wissen alltagstauglich zu machen. Den Preis der Reduzierung komplexer Zusammenhänge sei es allerdings Wert gewesen. Dies gelte nicht zuletzt für ihre Beteiligung als Interkulturelle Einsatzberaterin der europäischen Truppen 2006 im Kongo. Während des Wahlprozesses konnten in Kinshasa gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Anhängern der aussichtsreichsten Kandidaten von „EUFOR“ ohne den Einsatz von Waffen befriedet werden. Sie wünscht sich mehr engagierte Ethnologen in diesem Tätigkeitsfeld und deren stärkere Positionierung im öffentlichen Raum.

In der anschließenden **Diskussion** sprach sich Volker Harms deutlich gegen die Beteiligung von Ethnologen an der Durchsetzung neokolonialer Interessen auch im Rahmen von Bundeswehreinsetzungen aus. Sabine Mannitz wies auf den Wandel hin, der innerhalb der Armee stattgefunden hat: Soldaten würden jetzt zum Auslandseinsatz geschickt, ungeachtet des Vorzeichens unter dem sie einst den Beruf gewählt hatten. Barbara Mück griff das Kongo-Beispiel auf und verteidigte den dortigen Einsatz zum Schutz der Wahlen mit dem Argument, dass sich die Kongolesen letztendlich dankbar gezeigt hätten, obwohl sie zunächst dem Einsatz ausländischer Truppen kritisch gegenüber gestanden hätten. Bei dem Afghanistaneseinsatz ginge es zum Beispiel unbedingt auch darum, das Leid der Bevölkerung zu mindern, indem der Einfluss der menschenverachtenden Taliban vermindert werde. Sie argumentierte auch, dass die ISAF-Mission von der afghanischen Regierung gewünscht, von einem UN-Mandat getragen und vom Deutschen Bundestag entschieden worden sei. Sie gestand allerdings ein, dass kaum kontrollierbar sei, was letztlich mit ethnologischem Wissen geschieht. Dies gelte aber genauso gut für ethnologische Literatur, die ebenso von Militärs genutzt werde. Annette Hornbacher wand ein, dass nicht erst der Erfolg eines solchen Einsatzes das Vorgehen rechtfertigen könne. Es gelte den Willen der Bevölkerung von Anfang an zu respektieren. Svenja Schmelcher gab zu bedenken, dass Wissenschaft immer aus dem Ruder laufen könne. In ihrer Tätigkeit gehe es vor allem darum, alles auf eine pragmatische Ebene zu bringen, um Morde und Gewalt zu verhindern. Aus dem Publikum kam von Susanne Schröter der Einwand, dass Entscheidungen vor Ort wichtiger seien als

Fußnoten in Texten. Es gehöre auch zur Aufgabe der Ethnologen, der Gesellschaft etwas von ihrem Wissen zurück zu geben, indem sie dieses für die Praxis anwendbar machen. Außerdem regte sie an, ethnologische Forschung auch unter den entsprechenden Gewaltakteuren zu betreiben. Als Wissenschaftler greife man immer ein, die Sensibilität dafür müsse man auch den Studenten vermitteln.

Zum zweiten Themenblock unter dem Titel **Welche Ethik für wen?** fanden sich Hermann Amborn, Hans Peter Hahn, Monika Lanik, Michael Schönhuth und Hannes Stegemann auf dem Podium ein.

Hans Peter Hahn berichtete von der zunächst zurückhaltenden Reaktion auf die Bemühungen der DGV, eine entsprechende Ethikerklärung zu verfassen. Er erinnerte daran, dass auch andere Wissenschaften ethische Probleme hätten. Jeder, der einen starren und detaillierten Ethikkatalog fordere, müsse scheitern. Es gehe viel mehr um die Verantwortung jedes einzelnen Ethnologen und nicht um festgezurrte Normen, die den vielfältigen Dilemmata, denen sich Ethnologen in der Praxis ausgesetzt sehen nicht gerecht würden.

Monika Lanik bezeichnete ihre Tätigkeit bei der Bundeswehr als Referentin und Beamtin, die in einem Team Krisen- und Konfliktpotentiale zu analysieren und zu bewerten habe. Es gebe keine Möglichkeiten, um als Ethnologin innerhalb der Bundeswehr eigene Feldforschung zu betreiben, denn die Strukturen seien insgesamt sehr starr. Sie plädierte dafür, dass innerhalb ihres Tätigkeitsfeldes noch viel mehr ethnologische Fragen aufgeworfen würden. Wenn sich Ethnologen nicht selbst dieser Fragen annehmen, bestünde die Gefahr, dass das Wissen um kulturelle Gegebenheiten von Fachfremden ohne entsprechende Expertise abgedeckt werde.

Hannes Stegemann führte aus, dass er im Rahmen seines Tätigkeitsfeldes und in der Praxis ständig mit ethischen Konflikten konfrontiert sei, sei es gegenüber dem Geldgeber oder auch als Angehöriger einer anderen Kultur mit spezifischen moralischen Vorstellungen. Humanitäre Hilfe habe auch immer mit den Themen Macht, Moral und Ethik zu tun. Die Beschäftigten seiner Organisation (Caritas) arbeiteten jedoch bewusst nicht mit der Bundeswehr zusammen, um eine Wahrnehmung durch die lokale Bevölkerung als Kriegsteilnehmer zu vermeiden. Er warnte vor den Allmachtsfantasien von „Gutmenschen“ und verwies auf die Notwendigkeit eines geschärften Bewusstseins für die möglichen negativen Auswirkungen des eigenen Handelns.

Michael Schönhuth stellte fest, dass die Methode der teilnehmenden Beobachtung nie auf Augenhöhe stattfinde, sondern immer einseitig sei. Anders sei dies bei der partizipativen Forschung. Er erläuterte die vielfältigen und komplex ineinander verwobenen Loyalitäten, Verantwortlichkeiten und Pflichten, die man als Ethnologe gegenüber der beforschten Gruppe, dem Auftraggeber, der Öffentlichkeit und auch der Kollegenschaft bzw. dem wissenschaftlichen Nachwuchs habe. Er forderte die Ethnologen auf, sich gesellschaftlich relevant zu machen und eine bewusste Entscheidung treffen, ob sie etwas zu öffentlichen Debatten beizutragen haben oder nicht.

Hermann Amborn bekräftigte, dass Ethnologen in Krisen- und Kriegsgebieten zwar einen positiven Beitrag leisten könnten, dass aber ein militärischen Apparat kein adäquater Platz für

sie sei. Die Vertrauensbasis, die für das ethnologische Forschen selbstverständlich sei, könne im Kampfanzug nicht erzeugt werden. Der Apparat habe seine eigenen Ziele und die Ethnologie werde in ihm zu einer beliebigen Verschiebegröße. Für ihn stehen Theorie und Praxis in einem dialektischen Verhältnis und im Entwurf des Curriculums müsse Ethik obligatorisch aufgenommen werden. Die damit einhergehende Schulung des Problembewusstseins soll Entscheidungshilfen für eine spätere Tätigkeit bieten.

In der folgenden **Diskussion** wurde gegen eine Trennung von Theorie und Praxis plädiert. Monika Lanik und Barbara Mück sprachen sich einheitlich für eine Offenlegung ethnologischer Studien aus, die im Rahmen der Bundeswehr entstanden sind, nur so werde Misstrauen abgebaut und ein Dialog mit der universitären Wissenschaft möglich. Hannes Stegemann gab zu bedenken, dass ein bloßes Zuschauen seitens der Ethnologen nicht die Lösung sein könne, eine Beteiligung müsse professionell vorbereitet sein. Somalia beispielsweise sei kein gutes Vorbild dafür, dieses Land ist noch immer nicht befriedet. Er stellte zusammen mit Hermann Amborn fest, dass es in einem Krieg auch immer Profiteure gebe und zwar auf beiden Seiten. Volker Harms betonte nochmals, dass die von Ethnologen zur Verfügung gestellten Informationen im Kontext von Streitkräften zwangsläufig zum Teil kriegerischer Handlung würden. Auch das Verbot einer Veröffentlichung von relevanten Daten, sei als ein ethisches Dilemma anzusehen. Susanne Schröter betonte, wie schnell ein Ethnologe in Dilemmata hinein gerate und wie schwer die Frage zu beantworten sei, wann eine Menschenrechtsverletzung groß genug ist, um zu intervenieren. Barbara Mück legte sich fest, dass sie es vorziehe einzugreifen, statt zuzusehen. Auch Hans Peter Hahn griff die Forderung nach einer Trennung in ein vermeintlich theoretisches und ein anwendungsorientiertes Tätigkeitsfeld des Ethnologen auf und lehnte diese ab. Das Tragen einer Uniform sei keine rote Linie jenseits derer die böse Welt anfängt, Ethnologen dürften diesbezüglich nicht stigmatisiert werden. Monika Lanik betonte, dass die Diskussion auch eine methodische Komponente habe, dahingehend was überhaupt eine ethisch korrekte Methode sei. Michael Schönhuth hob noch einmal die besondere Verantwortung der Ethnologen hervor und die entsprechende besondere Bindung, die sie zu ihren Informanten haben. Hier werde die Ethikfrage schnell zu einer Machtfrage. Ethnologen müssten bei jedem Auftrag, der von außen an sie herangetragen wird, entscheiden, unter welchen Bedingungen sie diesen Auftrag durchführen wollen. Die „Frankfurter Ethik Erklärung“ wird von den Teilnehmern des Diskussionsforums als gemeinsamer Nenner angesehen, um allen Ethnologen verbindliche Leitlinien an die Hand zu geben.

Die „Frankfurter Erklärung“ wurde in der am gleichen Abend folgenden Mitgliederversammlung der DGV zur Wahl gestellt und mit großer Mehrheit angenommen.